

260/AE XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Dr. Eva Glawischnig, Freundinnen und Freunde

betreffend Rettung der Mehrwegsysteme im Getränkebereich

In den letzten Jahren traten Einwegverpackungen in Österreich einen gewaltigen Siegeszug an. Der Anteil der Mehrwegverpackungen bei Getränken ist kontinuierlich gefallen. Bereits Mitte 2000 war klar, dass die für 2000 vorgesehenen Verwertungsquoten laut Verpackungszielverordnung auch wegen der sinkenden Mehrweganteile nicht erreicht werden können. Anstelle wie in der Verordnung vorgesehen, Abgabebeschränkungen (z.B. Mehrwegquoten, Verpackungsabgabe od. Einweg - Pfand) zu erlassen, sollen nun einfach die Verwertungsquoten gesenkt werden: Bundesminister Molterer und Wirtschaftskammerpräsident Leitl haben sich auf eine Regelung geeinigt, die mittelfristig das Aus für Mehrwegsysteme bedeutet und die Müllberge weiter anwachsen lassen wird. Mitte September 2000 wurde ein Entwurf für eine Novelle der Verpackungszielverordnung vorgelegt, der eine Herabsetzung der Quoten auf einheitlich 80% vorsieht. Außerdem sollen die Quoten bei Einwegverpackungen nicht mehr über das Füllvolumen, sondern über das Gewicht der Flasche berechnet werden. Die Folge wäre der endgültige Durchbruch für die Einwegflaschen. Die leichten Plastikflaschen würden mit dem neuen Modell als „Trittbrettfahrer“ kaum mehr zur Quotenerfüllung beitragen müssen.

Gleichzeitig haben Wirtschaftskammer und die großen Handelsketten eine "Freiwillige Selbstverpflichtung" unterschrieben, die vorgibt, Mehrwegsysteme zu erhalten. Bei Durchsicht dieser Vereinbarung wird jedoch rasch klar, daß es sich um eine völlig zahnlose Regelung handelt, in der weder erkennbaren Ziele vorgeschrieben sind, noch Sanktionsmöglichkeiten für den Fall der Nichteinhaltung vorgesehen sind.

Die geplante Regelung hat zahlreiche negative Auswirkungen. Nicht zuletzt wären die Länder und Gemeinden bzw. die Abfallverbände mit rasant ansteigenden Restmüllmengen konfrontiert. Einschlägige Untersuchungen sprechen von einer Verdoppelung der Verpackungsabfälle im Restmüll innerhalb weniger Jahre. Sämtliche Anstrengungen in Richtung Müllvermeidung würden so ad absurdum geführt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, die Pläne, die bestehenden Verwertungsziele in der Zielverordnung zur Verpackungsverordnung abzusenken und umzudefinieren, fallen zu lassen.
2. Der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, vom Handel eine Lenkungsabgabe auf verkauft Einwegverpackungen einzuhören und dem Handel einen Ökobonus für verkauft Mehrweg - Getränkeverpackungen zurückzuerstatten.
3. Der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, konkrete Mehrwegquoten für Getränkeverpackungen einzuführen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuss vorgeschlagen.